

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 29

Mittwoch den 5. Februar 1919 abends

85. Jahrgang

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 790/12. 18. K. R. A.

Zu der Verordnung des Bundesrats über künstliche Düngemittel vom 3. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 999) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die gewerbsmäßige Herstellung von Mischungen aus

1. Schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat,
2. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat,
3. Schwefelsaurem Ammoniak mit Superphosphat und Kalk,
4. Natrium-Ammonium-Sulfat mit Superphosphat und Kalk

wird mit der Maßgabe gestattet, daß die fertige Mischung mindestens aus 4 v. H. wasserlöslicher Phosphorsäure und höchstens 4 v. H. Kalk (K<sub>2</sub>O) enthält.

Artikel II.

Die gewerbsmäßige Herstellung dieser Mischungen ist nur denen gestattet, die sie schon vor dem 1. August 1914 gewerbsmäßig hergestellt haben.

Artikel III.

Der Preis der Mischungen berechnet sich nach dem Höchstpreis für Stickstoff und Phosphorsäure. Der Höchstpreis darf 30 Pf. für das kilo Kalk (K<sub>2</sub>O) nicht übersteigen. Als Milchlohn dürfen außer dem Höchstpreis 2,20 M. für 100 kg berechnet werden.

Artikel IV.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Dezember in Kraft.  
Berlin, den 21. Dezember 1918.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung.  
(Demobilisierungsamt.)  
anz. 9018.

## Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.

Die Ortsvorschriften für die im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde gelegenen, vom Elektrizitätswerk für den Plauenischen Grund in Deuben mit elektrischer Arbeit versorgten Gemeinden Borlas, Spechtitz, Großdla und Walter vom 8/8. 1918 (Weißeritz-Zeitung Nr. 203 vom 31.8. 1918) gelten auch für die inzwischen an dasselbe Elektrizitätswerk angeschlossen Gemeinden Höddendorf, Ruppendorf, Beerwalde, Obercunnersdorf, Paulsdorf, Seifen, Paulshain und Seifersdorf. Ergänzend wird noch folgendes bestimmt:

Zu II A 3: Kohlenfadenslampen müssen für die neuangeschlossenen Gemeinden bis spätestens zum 15. Februar 1919 durchweg durch Metalldrahtlampen ergänzt werden.

Zu II A 5: In Läden und offenen Geschäften ist die Benutzung der Beleuchtungsanlagen bis auf weiteres nur noch von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet. An den Tagen vor Sonn- und Festtagen sowie für Lebensmittel- und Barbiergeschäfte ist eine Benutzung der Beleuchtungsanlagen bis 7 Uhr nachmittags erlaubt, sofern nicht anderweitige Einschränkung angeordnet ist. An Arbeitstagen dürfen auch nach Schluß der Läden keine elektrische Lampen benutzt werden.

Zu II B 2: Sperrtage sind bis auf weiteres:

- |              |   |
|--------------|---|
| der Montag:  | für Ruppendorf und Paulshain,   |
| „ Dienstag:  | „ Beerwalde, Paulsdorf und Seifen,  |
| „ Mittwoch:  | „ Obercunnersdorf und Seifersdorf,  |
| „ Freitag:   | „ Oberhöddendorf und — wie bisher — für Borlas, Großdla, Walter und Spechtitz sowie |
| „ Sonnabend: | „ für Niederhöddendorf.   |

## Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Das Dresdner Künstlertheater, ehemals „Theater der Feldgrauen“, gab Dienstag abend hier wieder ein Gastspiel und fand dazu ein volles Haus vor. Zur Aufführung kam das Volksstück „Wachstelzen“. In seiner moderneren, leichteren Art mag es vielleicht nicht jedem gefallen haben, im großen und ganzen hat es aber sicher Beifall gefunden. Und das nicht zum wenigsten durch die Art der Darstellung selbst. Man ist ja gewöhnt, bei den „Feldgrauen“ eine zusammenwirkende, geschlossene, in jeder Hinsicht fein durchgeführte Vorstellung zu finden und wurde auch diesmal nicht enttäuscht. „Wachstelzen“, die Schwester des Theatermeisters Kunge, war in Fräulein Dehdorff sehr gut verkörpert, die auch stimmlich ihrer Rolle vollkommen gewachsen war. Die Hauptrolle des Kunge lag bei Herrn Klemm. Er versteht es, Ernst und Scherz an den rechten Platz zu bringen, in sicherem Spiel die übrigen mit fortzureißen und so den Spielenden volles Gelingen zu sichern. Als seine Partnerin sah man diesmal Fräulein Hele Klein. Sie zeigte, daß sie auch dieser Rolle vollkommen gewachsen war und erfreute alle durch ihr stilles, schmerzhaftes, munteres Spiel und ihren fröhlichen Humor. Auch die anderen Darstellerinnen und Darsteller nahmen sich ihrer Rollen aufs beste an, so daß der Aufführung schon von vornherein bestes Gelingen gesichert war.

— Zum zweiten Male erstattet unser Maxzer, Herr

Zu II B 3: In der Zeit von 4—8 Uhr nachmittags sind an jedem Werktag während des Monats Februar 1919 grundsätzlich alle Elektromotoren zu sperren.

Zu III. Die Sperrtage (B 2) kommen nicht für die Besitzer eigener elektrischer Stromanlagen in Betracht. Diese haben auf Erfordern den Nachweis der Stromersparnis gemäß der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung zu erbringen.

Zu IV. Diese Strafvorschriften gelten auch für die obigen Ortsvorschriften, die vom Tage der Veröffentlichung an in Kraft treten.

Dippoldiswalde, am 30. Januar 1919.  
99 Mob. II. Der Kommunalverband.

## Marmelade.

Es ist heute an sämtliche Gemeinden des Bezirks Marmelade verteilt worden. Auf den Kopf der bezugberechtigten Bevölkerung (Inhaber der Landesfestkarte) entfällt ungefähr 1 Pfund.

Dippoldiswalde, den 3. Februar 1919.  
Nr. 108 c/353 b Mob. II. Der Kommunalverband.

## Erwerbslosenfürsorge.

In Ausführung der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Januar 1919, bez. Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1305) betragen vom 8. Februar ds. Js. ab die Unterstützungssätze für hiesige Erwerbslose:

1. männliche Personen	
a) über 21 Jahre	5,00 M.
b) über 16 bis zu 21 Jahren	3,50 M.
c) über 14 bis zu 16 Jahren	2,25 M.
2. weibliche Personen	
a) über 21 Jahre	3,00 M.
b) über 16 bis zu 21 Jahren	2,25 M.
c) über 14 bis zu 16 Jahren	1,75 M.

Die Familienzuschläge betragen nach wie vor für:  
a) die Ehefrau 1,00 M.  
b) die Kinder und sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen je — 50 Pf.

Die drückenden Bestimmungen in § 8, Ziff. 3 c der Bekanntmachung über Erwerbslosenfürsorge vom 23. Dezember 1918 (Weißeritz-Zeitung vom 27. 12. 18) werden insoweit aufgehoben.

Dippoldiswalde, am 4. Februar 1919. Der Stadtrat.

Die öffentliche Einweihung der neugewählten Herren Stadtoverordneten findet Freitag, den 7. Februar d. Js. abends 7 Uhr

im Rathensaale statt. In Verbindung damit wird der unterzeichnete Ratvorstand den Jahresbericht über die städtische Verwaltung auf das Jahr 1918 erstatten. Anschließend soll ein geselliges Beisammensein einfachster Art im Ratskeller stattfinden.

Zu der gesamten Veranstaltung wird unsere Bürgerchaft hierdurch eingeladen.  
Dippoldiswalde, am 4. Februar 1919. Der Stadtrat.  
Dr. Hornig,  
Bürgermeister.

Drucksachen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne

## Ehrentafel für deutsche Tapferkeit und Treue.

(Aus der Verlustliste Nr. 577 der sächsischen Armee.)

6 Infanterie-Regiment Nr. 105.  
Hänel, Robert, Georgensfeld, verm.

Sächsische Staatsangehörige in außer-sächsischen Truppenteilen.  
Preußen.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 20.  
Frische, Otto, Harsenwalde, a. Ges. z. z. z.

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 223.  
Reuter, Paul, Zimwald, Schw. v.  
Schäfer, Richard, Wittgenadort, a. sein. Wunden gestorben.

Ersatz-Infanterie-Regiment Königsberg 3.  
Kunath, Clemens, Pölsendorf, a. Ges. z. z. z.

Superintendent Michael, den „Jahresbericht der Kirchgemeinde Dippoldiswalde auf das Jahr 1918“. Als dieser

Bericht zum ersten Male vor einem Jahre herausgegeben wurde, erfreute er sich sofort einer großen Beliebtheit und zeigte es sich, daß er wirklich einem Bedürfnis entsprach. In seinem ersten Abschnitt „Freud und Leid in Haus und Familie“ wird der in der Parochie Geborenen, Gestorbenen, Konfirmierten, Verheirateten und Gestorbenen gedacht, während den auf dem Felde der Ehre Gefallenen ein besonderer Abschnitt gewidmet ist. Der zweite Abschnitt berichtet von „Gottesdiensten und kirchlichem Gemeindeleben“, insbesondere von den Gottesdiensten, Abendmahlsfeiern und besonderen Gottesdiensten, die Verbreitung christlicher Schriften, die Kollekten und Sammlungen, den Kirchenvorstand und über sonstiges aus dem kirchlichen Leben. Der dritte und letzte Abschnitt handelt von den bestehenden kirchlichen Vereinen und ihrem Wirken. — Das Festchen wird auch diesmal mit großem Interesse gelesen und gewiß auch vielen Dippoldiswaldern in der Fremde gesendet werden, um auch ihnen Kunde von dem kirchlichen Sinn der Heimat zutommen zu lassen.

— Wie die Amtshauptmannschaft mitteilt, sind die in deren Bekanntmachung vom 24. und 29. Januar 1919 erwähnten, bei Sattlermeister Brose in Dresden-N. aus Heeresbeständen erhaltene G. Schirre und Wollachs, mit Ausnahme von Rummelgeschirren, vergriffen. Es erfolgt erneute Bekanntmachung, falls wiederum bezartige Gegenstände veräußert sein sollten.

— Die christlichen Gewerkschaften haben in dem

Zufolge werden mit 20 Pf., solche aus unferne Amtshauptmannschaft mit 15 Pf., die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigepaltene Seite 65 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeladene, im redaktionellen Teile, die Spaltzeile 60 Pf.

letzten 6 Wochen rund 300 000 Mitglieder gewonnen, so daß sie heute rund 700 000 Mitglieder zählen. Neuerdings sind ihnen auch der sächsische Eisenbahnerverband und der Verband der Adhäs begetreten. Ihr Vermögen beläuft sich auf fast 10 Millionen Mark.

Wohl über eine halbe Million Unterschriften wahlberechtigter Sachsen beiderlei Geschlechts (bis heute genau 646 269 Stimmen) hat bisher die bekannte kirchliche Rundgebung gefunden, die zum Teil durch Gemeindeglieder in allen Häusern des Landes gesammelt worden ist. Sie ist dadurch zu einer Rundgebung geworden, wie sie Sachsen noch nicht erlebt hat. Vielfach haben die wahlberechtigten Volksgenossen einer Ortschaft fast vollständig unterschrieben, so daß hinter der Rundgebung auch Massen sozialdemokratischer Wähler stehen. Jeder billig denkende konnte auch unterschreiben; denn die Rundgebung fordert für Trennung von Kirche und Staat nur Gerechtigkeit: keine Willkür, ausreichende Übergangszeit, keine unsoziale Härte! Mag die sächsische Volkstammer seinerzeit diese durchaus gerechten Forderungen erfüllen.

Mittlere Niederschlagsmengen (mm oder l auf den qm) und deren Abweichungen von den Normalwerten in den benachbarten Flußgebieten 3. Dezade Januar 1919. Vereinte Weisheit: beob. 6, norm. 8, Abw. -2, Wilde Weisheit: beob. 10, norm. 10, Abw. +0, Rote Weisheit: beob. 11, norm. 11, Abw. +0, Bläulig: beob. 11, norm. 11, Abw. +0.

Aus Schreiberhan wird bestätigt, daß die Nachrichten über die Tschechengefahr nicht so tragisch zu nehmen sind. Die Besetzung der Grenzorte Grünthal und Neuwelt z. B. besteht aus kleinen Abteilungen, die lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter der deutsch-böhmischen Bevölkerung bestimmt sind und den Lebensmittelsmuggel verhindern sollen.

Schmeldeberg. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparkasse wurden im Monat Januar 1919 533 Einzahlungen im Betrage von 90 290 M. 25 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 166 Rückzahlungen im Betrage von 23 714 M. 40 Pf.

Reichstädt. Nächsten Sonntag den 9. Februar von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr findet hier im mittleren Gasthause die Neuwahl der Gemeindevorsteher nach dem neuen Wahlverfahren statt. Es ist höchst wünschenswert, daß alle wahlberechtigten männlichen und weiblichen Einwohner auch ihr Wahlrecht ausüben. Niemand sei wahlmüde. Es sind 2 Listen aufgestellt.

Dresden. Seitens der neuen Regierung werden die sächsischen Gesandtenposten in Wien und München vorläufig nicht neu besetzt. — Für den Gesandtenposten in Berlin ist Staatsminister a. D. Koch in Aussicht genommen.

Leipzig. Eine Samstags-Abend-Veranstaltung wurde hier angehalten. Man fand bei ihr: 219 Stück Eier, 3 Bierpfundbrote, 10 Stück Ziegenkäse, 20 Pfund Äpfel, 1 einhalb Pfund Quark und 3 Pfund Mehl. Die Waren wurden beschlagnahmt.

Kochitz. Für die erledigte Stelle des Bürgermeisters, der nach 23-jähriger Amtierung in den Ruhestand tritt, sind 36 Bewerbungen eingegangen.

Leipzig. Pfarrer D. Jeremias von der Lutherkirche ist zum Stadtverordneten gewählt worden und zwar mit der deutchnationalen Liste. Er war durch den Ausschluß der 60 Leipziger kirchlichen Vereine präsentiert worden. In Leipzig ist damit zum ersten Male ein Geistlicher im Stadtparlament.

Leipzig. Die Belohnung für die Ermittlung des Mörders des Kaufmanns Siekeling ist nunmehr von 1000 M. auf 3000 M. erhöht worden.

Chemnitz. Auf Nachsuchen der Lebensversicherer erklärte sich der Rat damit einverstanden, daß die Läden nach 6 Uhr nachmittags noch offen gehalten werden können, wenn die Beleuchtung mit Karbid erfolgt.

Geyer. Mit der Begründung, das neue Kollegium könne den Wunsch haben, neue Stadträte zu wählen, legten die bisherigen Stadträte nach der Einweisung der neugewählten Stadtverordneten freiwillig ihr Amt nieder.

Hohlfelsen. Ueber eine hier beobachtete sinnlose Handlungsweise wird uns mit der Bitte um Aufnahme geschrieben: Am 31. Januar, dem kältesten Tage des Winters, erschien in Hohlfelsen ein offenes, militärisches Lastgeschirr mit drei Soldaten, um eine Fuhrer Karloffeln von hier nach Pirna zu besorgen. Der Material war nicht vorhanden. Infolge der wiederholten Zeitungsankündigungen, wonach den Haushaltungen die ersparten Karloffeln wieder abgenommen werden müßten, erregte dieses sinnlose Unternehmen berechtigten Unwillen; man sagte den Soldaten, daß bei dieser Kälte (10 Grad R.) dieses wertvolle Nahrungsmittel doch auf halbem Wege bereits erstieren und ungenießbar werden müßte. Die Leute gaben das zwar als selbstverständlich zu, erklärten aber, das sei ihnen ganz egal, da dort schon Handerte von Zentnern erfroren und verfault seien, läme es auf diese Fuhrer auch nicht an. Die Karloffeln wurden hierauf dem sicheren Verderben entgegengeschickt.

#### Kirchen-Nachrichten.

Donnerstag, den 6. Februar 1919.  
Seifersdorf. Abends 8 Uhr Fraueneinweihung im Gasthof.

#### Letzte Nachrichten.

##### Die deutschen Kriegsgefangenen in Japan.

„Times“ melden aus Tokio: Die 4300 deutschen Kriegsgefangenen in Japan haben den Wunsch ausgesprochen, nach Freilassung dort zu bleiben. Viele sollen sich bei Firmen in China um Stellung beworben haben, andere

wünschen bei den japanischen staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben in Hokkaido beschäftigt zu werden.

##### Die 40stündige Arbeitswoche für England verlangt.

London, 4. Februar. (Reuter.) Auf der in London abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter wurde beschlossen, am Donnerstag die Arbeit niederzulegen, wenn nicht die 40stündige Arbeitswoche ge-  
schlecht eingeführt wird.

##### Drei Frauen in der sächsischen Volkstammer.

In der sächsischen Volkstammer werden drei Frauen sitzen, die Demokratin Sailer-Dresden, die Sozialistin Wagner-Chemnitz und die Unabhängige Sozialistin Geyer-Leipzig.

##### Aufruf der Turnerschaft zum Grenzschutz.

Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft richtet einen Aufruf an die deutschen Turner, sich am Grenzschutz im Osten zu beteiligen und mit den Waffen in der Hand die Provinzen Posen und Schlesien gegen das Eindringen feindlicher Horden zu schützen.

##### Die farbigen Truppen Frankreichs.

Die schwarzen Truppen, die sich in Frankreich immer schlechter aufführen, sollen so schnell wie möglich nach Afrika abgeschoben werden. Es werden drei Divisionen aus ihnen gebildet, von denen die erste für Marokko bestimmt ist. (Was geschieht mit den farbigen Truppen, die sich in Deutschland schlecht aufführen und die Aufgabe erhalten, deutsche Frauen an der Grenze des Besatzungsgebietes schamlos zu durchsuchen? D. Schr.)

##### Umarmung der französischen Besatzungsbehörde.

Berlin, 3. Februar. Wie die Waffenstillstandskommission mitteilt, ist das gesamte Eigentum der Tima Brüder Stamm in Reuntrich an der Saar von den Franzosen unter Zwangsverwaltung gestellt worden. — Es ist der erste Fall, daß die französischen Zwangsverwaltungen über Elßaß Lothringen hinaus auf allduitsches bzw. preussisches Gebiet übergreifen. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat sofort den stärksten Protest eingelegt gegen diese neueste Umarmung der französischen Besatzungsbehörde.

\* Raub- und Mordversuch im Pfarrhof. In Großhabern ereignete sich vor dem Pfarrhof abends ein Verbrechen. Ein Mann, der in der Gärtnerei, worauf die Köchin des Pfarrers fragte, was er wollte. Nachdem der Mann geantwortet hatte, daß sich der Pfarrer in der Stadt befindet, entfernte er sich. Nach einer Stunde läutete der Mann noch einmal und feuerte, als die Köchin am Hause erschien, einen Revolverbeschuß auf sie ab und verletzte sie schwer im Gesicht. Der Mörder drang dann in das Haus. Als Leute herbeikamen, ergriff er die Flucht. Später fand man einen Lederkoffer, in dem sich ein auf den Namen Michael Federl, Kleinhabern, lautendes Buch befand. Es wurde festgestellt, daß dies der Täter war, der schon vier Tage vorher beim Pfarrer vorgeprochen und als Arbeitsloser um Almosen gebeten hatte. Federl ist geflüchtet.

\* Eine Tränenreizbombe im Theater. Die Leitung des Hamburger Ernst-Drucker-Theaters teilt mit: „Eine ganz erhebliche Verzögerung des Spielansangs verursachte am Dienstag abend die Wirkung einer Tränenreizbombe im Theater, die Publikum, Angestellte und Künstler zum Weinen reizte. Die Nachprüfung nach dem Ende des Abends ergab, daß auf der benachbarten Polizeiwache beim Auspacken von Bomben aus Unvorsichtigkeit eine solche defekt geworden war und schnell auf den angrenzenden Bühnenhof gelegt worden ist, wo sie sich entzündete. Das Gas drang durch eine Ritze in den Zuschauerraum.“

\* Schwere Folgen eines Mißverständnisses. Der Sohn des Schulzen Kleinschmidt in Hollenbach bei Mühlhausen in Thüringen fuhr auf der Straße mit einem Wagen, auf dem sich außer ihm noch eine Frau Emder aus Meiningen mit ihrem zwei Jahre alten Kinde und ihren zwei erwachsenen Brüdern befand. Ein auf der Straße stehender Posten winkte mit einer roten Fahne, um den Wagen zum Halten aufzufordern. Kleinschmidt gibt an, daß dadurch die Pferde scheu geworden seien, während der Posten annahm, daß er nicht halten wollte. Wütend knallten zwei Schüsse, von denen einer das Kind in den Kopf traf und Kleinschmidt am Bein verletzte. Das Kind ist gestorben.

\* Gelder aus Dänemark spielen jetzt in Nord-Schleswig und besonders in Tondern beim Kauf von Häusern und Landstellen eine gewisse Rolle. Käufer oder Verkäufer sehen zu, daß von Banken oder Kassen in Dänemark Hypotheken und Kaufgelder gegeben werden, womit sie in Folge des ungünstigen Standes des Kurzes der Mark zur Krone, etwa um die Hälfte mehr Schulden abstoßen können, als in den Zeiten vor dem Kriege.

\* Tod nach der Wahlversammlung. Ein Automobilunglück ereignete sich bei Graudenz. Der Kandidat der demokratischen Partei Stadtrat Winkler-Graudenz befand sich mit zwei Herren auf der Rückfahrt im Auto von einer Wahlversammlung. In der Dunkelheit schleuberte der Hinterräder gegen einen Baum. Alle drei Herren erlitten Verletzungen. Kaufmann Zimmermann, der in Graudenz großes Ansehen genöß, starb noch in derselben Nacht.

\* Infallstreffler auf der Straße. Der in Dresden, Gräbischer Straße 102, wohnhafte 19 Jahre alte Arbeiter Walter Häusler wurde, als er die Zimmerstraße entlang ging, durch einen Schuß getötet. Die Polizei ermittelte, daß ein in dem Hause vor der Unglücksstelle wohnender Kaufmann, der in seinem Keller mit einer Browning-Pistole hantierte, den Schuß, der durch das Kellerfenster ging, abgegeben hat.

## Lebensmittel für Deutschland

### Deutschlands Gegenleistung.

Stellungsbild der Waffenstillstandskommission. Der Verband setzte die deutsche Kommission vor seinem Beschluß in Kenntnis, am 6. Februar in Spaas über die Mitwirkung der deutschen Handelsflotte an der Weltschiffahrtsgemeinschaft und über Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln unter Beilegung besonderer Sachverständiger verhandeln zu lassen. Admiral Browning werde als Vertreter des Vorst. der alliierten Kommissionen führen.

Am 12. Februar sollte dann über die Finanzfragen verhandelt werden, die sich aus der Regelung der beiden oben erwähnten Fragen ergeben. Die deutsche Regierung werde gebeten, zu diesen beiden Abmachungen besondere Vertreter zu entsenden. Es werde gleichzeitig ersucht, anzugeben, welche Mengen von Holz, heimischen Erzeugnissen und Kohlen Deutschland zum Ausgleich der gelieferten Lebensmittel ausführen könne.

Die gemäß der Erörterter Schiffahrtsabkommens aufzustellende Liste der fahrbereiten deutschen Handelschiffe habe die Entente erhalten, doch bitte sie noch um die zugesagte Liste aller Seeschiffe, der deutschen Handelsflotte, die nicht sofort in Dienst gestellt werden können. Der Zeitpunkt, zu dem diese Schiffe fahrbereit sind, solle angegeben werden.

Nach den Bedingungen der Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Januar hat die deutsche Regierung den allierten Mächten eine Liste der deutschen Handelschiffe zu liefern, die den Alliierten vom 16. Februar ab zum Zwecke der Lebensmittelversorgung Europas zur Verfügung gestellt werden sollen.

Sofort nach Empfang dieser Liste wird eine Untersuchungskommission von amerikanischen Offizieren auf amerikanischen Kriegsschiffen die deutschen Schiffe besuchen, um sich über den Zustand der erwähnten Handelschiffe zu orientieren.

## Unsere Südseeinseln.

### Geheime Pläne Japans.

Der „New York Sun“ wird aus Washington gemeldet, das Projekt, die deutschen Kolonien unter die Kontrolle der Alliierten sei darauf zurückzuführen, daß Wilson den Plänen Japans einen Riegel vorschieben wolle. Diese Politik sei durch Entscheidung geheimer militärischer Pläne, wonach die Marshall- und Karolineninseln besetzt werden sollen, notwendig geworden. Dem Korrespondenten der „New York Times“ wurde mitgeteilt, es wäre unmöglich gewesen, anderen Mächten das von ihnen besetzte Gebiet zu geben und es Japan zu verweigern, weil Japan sich dann mit Recht beklagen würde, daß man es ungerecht behandle.

Die Marshall- und Karolineninseln seien zu nichts anderem als zu Befestigungsanlagen geeignet. Japan seien diese Inseln von Großbritannien bei seinem Eintritt in den Krieg zu einer kritischen Zeit versprochen worden. Es heißt, daß den chinesischen Friedensdelegierten in Japan Dokumente gestohlen wurden, die geheime Informationen Chinas über die Absichten Japans enthielten und auch Korrespondenzen aus denen hervorgeht, daß Japan vielleicht einen Krieg mit den Vereinigten Staaten plane.

## Der Kampf mit den Polen.

### Ueberfall auf Thorn.

Sonnabend versuchten zwei Trupps von etwa 30 Mann einen Ueberfall auf ein Fort der Festung Thorn, wurden jedoch nach beiderseitiger Feueröffnung vertrieben. Unter Verdacht der Espionage und des Landesverrats sind bisher folgende Polenführer verhaftet: Korsthender des polnischen Volksgesundheitsrat, Rechtsanwalt Stadtrat Szuman, Zahnarzt von Sopot, polnischer Handelslehrer Kuchta, früherer Reichstagsabgeordneter Redakteur Brestki, Bureaugehilfe Sozial, Malermeister Sulecki, Mitglied des Volksgesundheitsrat Matowski und Unterzahlmeister Rydzki. Durch Verhaftung des letzteren wurde ein Komplott gegen die Festung Thorn aufgedeckt.

### Gesichte an der brandenburgischen Grenze.

In der Nacht zum Montag gegen 4 Uhr haben etwa 300 Polen das Dorf Neutrautz angegriffen. Dabei sind von den Deutschen 2 Offiziere, ein Wachtmeister und ein Sergeant gefallen. Sie wurden von den Polen mißhandelt und dann mit Gewehrkolben erschlagen. Die Polen verwandten Schrotflinten als Schusswaffen. Nach Kampf wurde das Dorf von den Deutschen wieder genommen, jedoch am Mittag wieder planmäßig geräumt. Die deutschen Truppen wurden auf brandenburgischen Boden zurückgezogen.

### Polnische Mörder.

Was heute in der Provinz Posen möglich ist und welche Grenzsituation polnischerseits dort verläuft, dafür bietet ein bezeichnendes Beispiel der nachfolgende Vorgang, der dem Reichsverband Schutz aus der Provinz Posen mitgeteilt wird:

„Bei den letzten Kämpfen in Hofengarten bei Bromberg schnitt ein Pole einem deutschen Kinde den Hals durch. Die Mutter lief hinter dem Mörder her, dadurch wurden Grenzschutzsoldaten auf ihn aufmerksam, verfolgten ihn und nahmen ihn fest. Der Mörder, der nur mit Mäße der Lynchjustiz entzogen werden konnte, ist in Bromberg der Justiz übergeben worden.“

### Der Grenzschutz reformbedürftig.

Ueber das Ergebnis des Informationsbesuches preussischer Minister und Mitglieder des Zentralrates in Thorn wird gemeldet:

Bei den Besprechungen der Mitglieder der Kommission mit dem Regierungspräsidenten Dr. Schilling aus Marienwerder, den Spitzen der städtischen und Kreisbehörden von Thorn sowie Mitgliedern des hier

land  
ffton.  
ffton vo  
ruar  
Hondel  
nd abe  
unter  
ndeln  
er Hoch  
hren.  
Finanz  
Regelung  
en. Die  
beiden  
en. Die  
Men  
ohlfenter  
Bebens  
mens auf  
Handels  
ie noch  
deutscher  
teilt wer  
e Schiff  
ung des  
hat die  
ine Bild  
der No  
gestell  
eine Be  
ffizieren  
erhöhen  
gton ge  
unter  
zurückzu  
Niede  
ntdeckung  
die Man  
sollen  
er. Ne  
nmöglich  
befehle  
zweigen  
würde  
eien zu  
Sapan  
s seinen  
Zeit ver  
den Fro  
wurden  
Ablich  
ndenzen  
einen  
en.  
on etwa  
Ektion  
weiteröffn  
age und  
enführer  
zugstraf  
von 30  
fröhret  
Bureau  
sted be  
hmeister  
urde ein  
debt.  
ze.  
r haben  
gegriffen  
n Woch  
den von  
herkolben  
aten als  
von den  
g wieder  
en wur  
gen.  
allig ist  
berst  
piel der  
nd Dis  
be:  
engarten  
deutschen  
iter dem  
aten auf  
men ihn  
r Dny  
romberg  
beftiebt  
raltrates  
er Kom  
Schilling  
en und  
des hie

1928 A. und S. Wess wurde dem A. und S. Rat Anerkennung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gesollt und beschloffen, den A. und S. Rat in seiner jetzigen Stellung zu belassen. Ueber die Polengefähr gingen die Meinungen auseinander. Man war jedoch einstimmig der Ansicht, daß der Grenzschutz, zu dem sich jetzt ungeliebte Elemente drängen, einer gründlichen Reform bedarf.

### Polnische Wahlen in Preußen.

Der polnische Volktrat hat für den 20. März Wahlen zur großpolnischen Konstituante in den polnisch sprechenden Gebietsteilen Preußens ausgeschrieben, einschließlich für Westpreußen und Danzig.

### Zwischen Krieg und Frieden.

Die Regierung über die beabsichtigten Putzsch. Seit einigen Tagen sind Gerüchte im Umlauf, daß die Spartakisten neue Putzsch planen. Hierzu läßt die Regierung folgende Erklärung verbreiten: „Heute abends erscheint ein Rufus der Reichsregierung, der sich mit dem Versuche der Spartakisten befaßt, allenthalben in Deutschland, und insbesondere auch in Berlin wieder durch Putzsch das öffentliche Leben zu stören.“

Die Reichsregierung ist fest entschlossen, allen Gewalttaten mit unerbittlicher Energie entgegenzutreten. Die vorhandenen Machtmittel sind in vollem Umfange auszureichen. Die Truppe ist erfüllt von dem Geiste des neuen Deutschland, von dem Geiste der Demokratie und der auf der Demokratie basierenden Ordnung. Die friedliche Arbeit, die das dringendste Erfordernis zum Wiederaufbau des schwer getroffenen Reiches ist, wird gegen jeden Terror geschützt sein.

Schon im Keime wird der Zerstörungswille unerbittlicher Elemente gebrochen werden. Hoffentlich genügt die Feststellung und Ankündigung solchen Willens, um das Eingreifen der Truppe und die Verhängung des Belagerungszustandes zu verhüten.“

### Ein Ausblick ins Schwarzenland.

Unter der Überschrift „Ein wild gemordeter Professor“ macht der Sozialist Falber in seiner „Wirtschaftl. Correspond.“ folgende Ausführungen:

Kun erfahren wir endlich, warum die Arbeiter streiken und nicht mehr arbeiten wollen: sie haben es bis auf einen geringen Bruchteil überhaupt nicht mehr nötig, zu arbeiten. Daß es so ist, das weiß Herr Dr. C. Wallob, Regierungsrat am statistischen preussischen Landesamt und Professor an der Universität Berlin, in einem Buche „Der Zukunftsstaat“ nach, in dem er zu folgenden Ergebnissen gekommen ist:

Es ist in Deutschland demnach möglich, mit möglich, nach einer 3-5 jährigen Uebergangszeit den landwirtschaftlichen sowohl wie den industriellen Betrieb (einschließlich Verkehrswesen) so umzugestalten, daß eine 5-6 jährige väterländische Dienstpflicht bzw. Arbeitspflicht aller jugendlichen Personen, vom 17. bis 22. bzw. (bei Frauen) vom 16. bis 21. Lebensjahre ausreicht, um, gemessen am Friedenskonsum, ein reichliches Maß von Nahrungsmitteln und ausreichende Kleidung für die Gesamtbevölkerung zu erzeugen, ja darüber hinaus, die volle Entschädigung für die geistige und eine Abfindungsrente für die auf Grund sorgfältiger Taxen abzulassenden Produktionsmittel zu ermöglichen.“

Etatt 66 Millionen Menschen brauchen also höchstens 6 Millionen zu arbeiten; alle übrigen, also mindestens 60 Millionen, sind von der Erwerbsarbeit befreit! Kann man es angeht dieses Redenergebnisses des Herrn Professors Wallob den Arbeitern verzeihen, wenn sie streiken?

### Keine Besserung in der Kohlenförderung.

Die Kohlenförderung an der Ruhr und in Oberschlesien, die in den Vormonaten auf einem bisher nie erreichten Tiefstand angelangt war, hat sich, wie von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung mitgeteilt wird, in den letzten Tagen erfreulicherweise etwas gebessert.

Diese Besserung ist nicht sehr groß, läßt aber die Hoffnung zu, daß es nicht zum Neuen, der Stilllegung der deutschen Industriebetriebe, kommen wird. Die Aufwärtsbewegung der Kohlenförderung in Oberschlesien dauert langsam an. Nachdem in der ersten Hälfte des Jahres 1919 täglich im Durchschnitt über 80 000 Tonnen gefördert wurden, sank die Arbeitsleistung am 20. Januar bis auf 32 000 Tonnen pro Tag. Den dauernden Bemühungen der nach Oberschlesien gesandten Regierungsmitglieder, vielleicht auch der beginnenden Einsicht der Grubenarbeiter ist es zu verdanken, daß am 29. Januar 58 000 Tonnen und jetzt etwas über 60 000 Tonnen gefördert werden. Aus Oberschlesien wird auch ein starker Rückgang der Streiks beobachtet.

Die Verhältnisse an der Ruhr haben sich ebenfalls etwas gebessert. Streikmeldungen liegen nicht vor.

### General v. Winterfeldts Nachfolger.

Als Nachfolger des Generalmajors v. Winterfeldt als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa ist der General Freiherr v. Hammerstein, kurzzeit. Abschnittskommandeur in Wesel, berufen worden.

### Die Parteien in der Nationalversammlung.

Nach den endgültigen Feststellungen der Wahlkommission haben bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar an Sitzen erhalten:

Die Deutschnationale Volkspartei (einschl. Bayerischen Mittelpartei und der Nationalliberalen Partei in Bayern und der Württembergischen Bürgerpartei und des Württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bundes) 42.

Die Deutsche Volkspartei 21.

Die Christliche Volkspartei (einschl. der Bayerischen Volkspartei und der Kath. Volkspartei (Oprein)) 88.

Die Deutsche demokratische Partei (einschl. der Deutschen Volkspartei in Bayern) 75.  
Die Sozialdemokratische Partei 183.  
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 22.  
Der Bayerische Bauernbund 4.  
Die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-DEMOKRATIE 1.  
Der Braunschweigische Landeswahlverband 1.  
Die Deutsch-hannoversche Partei 4.  
Zusammen 421.

### Aufhaltung des Unterseebootes als Kriegsschiff.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Wie verlautet, wurden bei der im Hotel Grillon abgehaltenen Präliminarkonferenz für den Völkerverbund, auf der Wilson, Oberst House, Smuts und Cecil zugegen waren, mehrere wichtige Uebereinkommen zwischen den britischen und amerikanischen Delegierten erzielt. Die erste Uebereinkunft ist die Freigabe des Unterseebootes als Kriegsschiff. Die Engländer und Amerikaner empfinden als die beiden größten Seemächte, daß es ihre Pflicht ist, alle Meinungen der Marinefachverständigen über diesen Punkt einzuholen. Von manchem wurde angeregt, daß das Unterseeboot innerhalb der Dreimeilenzone als Verteidigungsmittel angewandt werden könnte, aber die meisten bekannten sich zu der Ansicht, daß es völlig abgeschafft werden müsse.

Wie verlautet, werden die Grundzüge des Völkerverbundes anempfehlen, daß die wirtschaftliche Waffe in Zukunft an die Stelle aller anderen Waffen tritt.

### Der Tod der russischen Großfürsten.

Der „Times“ wird aus Helsingfors berichtet: Nach einem in Paris veröffentlichten bolschewistischen Communiqué wurden auf Befehl einer besonderen Kommission die Großfürsten Paul Alexandrowitsch (Onkel des Czaren), Nikolaus Michaelowitsch (Neffe des Czaren), Dimitri Konstantinowitsch (Großonkel des Czaren), Georg Michaelowitsch (Bruder des Czaren), Großfürst Alexander und die Gatten der Schwestern des Czaren erschossen.

### Eine Erinnerung an den Schwur der Saarbrücker.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist am 11. Januar von dem ersten Abgeordneten der Stadt Saarbrücken eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet worden, in der es u. a. heißt:

Die Angliederung des Saarreviers an Frankreich wird vorwiegend damit begründet, daß das Saarrevier bis zum Jahre 1814-15 zu Frankreich gehört habe, und daß es also nur die Wiedergutmachung eines alten Unrechtes bedeute, wenn das Gebiet wieder an Frankreich zurückfalle.

Beschwiegern wird hier aber, daß es sich um ein Gebiet handelt, das in tausendjähriger Geschichte zu Deutschland gehört hat, 400 Jahre zu den deutschen Fürsten von Nassau-Saarbrücken gehörte, bis es im Jahre 1792 von den Truppen der französischen Revolution besetzt und im Frieden zu Lunéville im Jahre 1802 zu Frankreich geschlagen wurde. Die Bevölkerung dieses Gebietes hat während dieser 23 Jahre nie aufgehört, deutsch zu denken und ihre deutsche Sprache und Gesinnung offen zu bekennen.

Die Befreiungskriege gaben die Möglichkeit zur Wiederangliederung an Deutschland. Damals haben 400 angesehene Bürger der Stadt Saarbrücken öffentlich den Schwur abgelegt, mit allen Mitteln die Wiederloslösung von Frankreich zu betreiben. Sie haben Wort gehalten. Durch eigene Abgesandte ist es ihnen unter Beihilfe von Hardenberg, Blücher und dem Kaiser Alexander von Rußland gelungen, die Vereinigung mit Preußen durchzusetzen.

### Meint es Wilson ehrlich.

In den Mitteilungen der deutschen Liga für Völkerverbund äußert sich Graf Bernstorff, der frühere Botschafter in Washington, zur Zeitfrage: Meint es Wilson ehrlich? u. a. in folgenden Ausführungen:

„Präsident Wilson war, wie ich Grund habe anzunehmen, einer der Ersten, in welchen der Gedanke reifte, daß die bis dahin als utopistisch geltende Idee einer alle Kulturvölker zur friedlichen Schlichtung ihrer Streitigkeiten verpflichtenden Liga durchaus praktischer Durchführung sei, sofern sie sich auf das Hauptmittel des Handelsverkehrs stütze, wie ihn die Entente in völkerrechtswidriger Weise mit furchtbaren Folgen gegen Deutschland anwandte.“

In Gesprächen, die ich im Jahre 1916 mit dem Präsidenten hatte, betonte er mir wiederholt, daß die territorialen Regelungen bei dem künftigen Friedensschlusse von sekundärer Bedeutung seien, während die Errichtung einer Weltliga zur dauernden Erhaltung des Weltfriedens, nebst obligatorischem Schiedsgericht in internationalen Streitigkeiten und allgemeine Wahrung der Kardinalfragen bilden müßten. Die nämlichen Gedanken bebandelte mir wiederholt sein vertrauter Freund Oberst House.

An dem Ziele der Errichtung eines Bundes aller Völker, der ihnen unparteiliche Gerechtigkeit verbürgen würde, hat Präsident Wilson auch nach dem Kriegseintritt Amerikas unverbrüchlich festgehalten und dieses Ziel in vielen seiner später gehaltenen Reden immer wieder betont. Er hat es in seinen „Vierzehn Punkten“ ausdrücklich aufgeführt und in seiner am 27. September v. J. in Newyork gehaltenen Rede als „den wesentlichsten Teil des Friedensschlusses“ bezeichnet.

Wie ich Herrn Wilson kenne, bin ich überzeugt, daß er mit dem ihm eigenen ebenso zähen wie hohen Sinn seinen großen Plan durchsetzen und dadurch eine Vereinigung Deutschlands, welche dem von ihm so oft gekennzeichneten Geiste dieses Völkerverbundes zuwiderlaufen würde, nicht zulassen wird. Er weiß, daß er bei diesem Unternehmen nicht nur die erdrückende Mehrheit seiner eigenen Mitmenschen hinter sich hat, sondern auch der Zustimmung von Millionen fortschrittlich denkender Menschen in Europa sicher ist. Insbesondere wird die Idee des Völkerverbundes auch von uns Deutschen als Eckstein des Rechtsfriedens betrachtet.“

### Einmarsch in Bremen.

Während es zunächst so aussah, als ob die Kommunisten von Bremen den Konflikt mit der Regierung auf die Spitze treiben würden, haben sie doch angelehnt der unbeeinträchtigten Haltung der Zentralgewalt und der Division Gerstenberg den angekündigten Widerstand bis zum Äußersten unterlassen, als der Befehl zum Einrücken in die Stadt gegeben wurde.

Ueber den dramatischen Moment, der dem Einzug vorherging, liegen noch folgende Meldungen vor:

### Feste Haltung der Regierung.

Der Rat der Volksbeauftragten hat Montag abend in einer langen Sitzung in Weimar die Entscheidung über Bremen gefällt. Die Entscheidung ist noch nicht veröffentlicht worden, es steht aber fest, daß die Regierung die Bremer Gegenanschläge ablehnt und auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt (Bildung einer Regierung nach dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, Entlassung durch die neue Regierung, Abgabe der Waffen an die Division Gerstenberg). Der Befehl zum Einmarsch ist der Division Gerstenberg erteilt worden.

### Der Vormarsch der Division Gerstenberg.

Der Kampf um Bremen ist im Gange. Wie von der Kommandantur mitgeteilt wird, sind die Truppen der Division Gerstenberg von allen Seiten im Einmarsch, und auf allen Abschnitten der Front finden Gefechte statt. Lebhaftes Maschinengewehrfeuer wird aus der Gegend von Horn gehört.

In der letzten Nacht sind aus Hamburg Verstärkungen für die Bremer Arbeiter eingetroffen.

Wie stark die Hamburger Hilfstruppen sind, ist noch nicht bekannt. In der Nacht wurden von der Arbeiterkraft umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen getroffen. So wurden auch einige Geschütze an die „Front“ geschafft. Zahlreiche Sanitätswagen begeben sich seit heute früh in die Kampflinie.

Wie aus Verden mitgeteilt wird, sind von Verden aus eine weitere Brigade Landesschützen und starke Minenwerfertruppen zur Unterstützung der Division Gerstenberg abgegangen.

### Der Einmarsch besohlen.

Es heißt, daß der Einmarsch in Bremen für Dienstag morgen 9 Uhr 20 Minuten besohlen ist. Er erfolgt von allen Fronten aus konzentrisch. Der Divisionsstab ist den vormarschierenden Truppen gefolgt.

Seit 10 Uhr früh sind die Kämpfe der Regierungstruppen mit der Bremer Arbeiterschaft in vollem Gange. Man hört starkes Artilleriefeuer, namentlich von der Südfront. Dort scheint der Hauptstoß geführt zu werden.

### Bremen besetzt.

Nach einer offiziellen Meldung aus Bremen ist der Einmarsch der Regierungstruppen am Vormittag ohne erhebliche Schwierigkeiten erfolgt.

### Entente-Kreuzer vor Hamburg.

Vier englische und amerikanische Kreuzer und Zerstörer sind am Sonntag in die Elbe eingelaufen und sind auf der Fahrt nach Hamburg. Sie kommen, wie es offiziell heißt, zur Kontrolle über die abzuliefernden Lebensmittelstoffe. Dienstag vormittag trafen bereits der amerikanische Kreuzer „Danac“ und der englische Zerstörer „S. 32 True silent“ im Hamburger Hafen ein.

Außer den bereits gemeldeten Schiffen sind noch zwei amerikanische Kriegsschiffe im Hamburger Hafen angekommen. Es handelt sich um den Kreuzer „Chester“ und den Zerstörer „Gildwin“. An Bord dieser Schiffe befindet sich eine Kommission zur Beaufsichtigung der an die Entente abzuliefernden Schiffe.

Die feindlichen Schiffe kamen natürlich, um zu sehen, wie der kommunisten-Rummel ausgehen wird. Nach Bremen wird hoffentlich Hamburg mit dem Großreinemachen an die Reihe kommen.

### Warnung an die Spartakisten.

Der bereits angekündigte Erlaß der Regierung gegen neue kommunistische Putzsch ist jetzt ergangen und lautet:

„In der Presse sind mehrfach Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Putzsch geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilen. Weite Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt.“

Uns wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß trotz der Delationen nach Bremen und Weimar starke zuverlässige Regierungstruppen in und dicht um Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind auf erneute Putzsch gefaßt. Sie werden Berlin nach wohlüberreitem Plan besetzen, sobald dies nötig erscheint.

Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gefährdet und bewaffneter Widerstand in Berlin geleistet werden, so werden die Truppen rücksichtslos durchgreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird voraussichtlich, wenn es nötig ist, den Belagerungszustand verhängen. Die Verantwortung für Blutvergießen fällt dann lediglich denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verbrecherischer Weise Putzsch veranlassen und Unruhen hervorrufen.“

## Selbsthilfe in Düsseldorf.

Die Zustände, die sich in Düsseldorf unter der Herrschaft der Spartakus-Leute herausgebildet haben, nunmehr dazu geführt, daß die Düsseldorfer Bürgerschaft den Weg der Selbsthilfe beschritten hat.

Am die heutigen Düsseldorf Nachhader ist ein Dienstag nachmittags ablaufendes Ultimatum gerichtet worden seitens des Volksgewaltens der Beamten- und Arbeiterausschüsse und der öffentlichen Behörden Düsseldorf, der Ärzte, Apotheker, Bankbeamten, der kaufmännischen Vereine, der vereinigten Düsseldorfer Innungen, der Rechtsanwälte, der Presse und anderer bürgerlichen Gruppen, in welchem die Forderung nach absoluter Presse- und Versammlungsfreiheit gestellt wird. Ferner wird die Gewähre der freien und ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und die Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl verlangt.

Die heutigen Nachhader werden ferner aufgefordert, sich damit einverstanden zu erklären, daß bis zur Neuordnung der Verhältnisse die Geschäfte der Stadt durch die gewählten Vertreter ausgeübt werden, denen ein ehrenamtlicher Volksrat zur Seite gestellt werden soll. Die Bürgerschaft wird ersucht, den gegenwärtigen Inhabern der öffentlichen Gewalt keinerlei Geldzahlungen zu leisten, besonders die Zahlung der Steuern so lange aufzuschieben, bis die gesetzmäßige Verwaltung die damit gegebene gesetzmäßige Verwendung der Gelder garantiert ist.

Für den Fall, daß die heutige Stadtverwaltung den Anforderungen des Ultimatus nicht nachkommt, werden die obigen Organisationen in den Generalstreik eintreten. Das Gleiche wird geschehen, wenn an irgendeiner Person, die mit den Organisationen in Verbindung steht, ein Gewaltakt unternommen werden würde oder Bürger als Geiseln verhaftet werden sollten.

## Politische Rundschau.

Die Verbandstruppen in den Rheinländern. Nach dem „Echo de Paris“ erwartet der Ausschuss, der die Frage der Truppenstärke der Rheinländer in den Rheinländern prüfen soll, noch den Bericht Winston Churchills, aber man nimmt bereits an, daß die Gesamtstärke der Franzosen, Engländer und Amerikaner eine Million nicht erreichen werde.

Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus München-Gladbach: Der belgische Zivilgouverneur für die 4. Zone, Jadaud, ist hier eingetroffen, um die Zivilverwaltung des besetzten Gebietes darauf vorzubereiten, daß von der Unterzeichnung des Vorfriedens ab der allmähliche stufenweise Abbau der militärischen Besetzung auf ein Mindestmaß erfolgen werde.

Beginnende Polen-Konferenz in Berlin. Die angekündigten Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern des Posener Obersten polnischen Volksrates haben in Berlin im Staatsministerium begonnen. An der Beratung, die durch eine allgemeine Aussprache eingeleitet wird, nehmen Vertreter aller beteiligten Reichs- und Staatsbehörden und seitens des polnischen Volksrates folgende fünf Bevollmächtigte teil: Adamski, Korzani, Kryszewicz, Meißner und Anders.

### Frankreich.

Wilson in der französischen Kammer. Präsident Wilson in Begleitung von Poincare, Deschanel, Clemenceau und Dubost wurde feierlich in der Kammer empfangen. Deschanel hielt eine Lobrede auf Amerika und Wilson und sagte u. a.: Dieser Krieg ist nicht wie andere gewesen, und auch der Friede wird sich von anderen Frieden unterscheiden. Die Schuldigen müssen bestraft werden, Deutschland darf nicht mehr in der Lage sein, Frankreich zu bedrohen. Wilson entgegnete, daß er immer mehr die Freundschaft empfinde, die ihn mit dem französischen Volke verbindet. Die Zeit der Gefahren sei vorbei, keine Bedrohung sei mehr möglich, ohne daß die ganze Welt sich erhebe. „Ich kann nicht zugeben“, fuhr Wilson fort, „daß die letzte Tragödie sich wiederholt, die ganze Welt wird die Sicherheit Frankreichs verbürgen. Wir sind Ihre Freunde, Ihre Mitkämpfer und Ihre Verteidiger und werden es mit Ihnen bleiben, damit die Welt die Freiheit genießen kann.“

**Freundlich möbl. Zimmer**  
ist sofort oder später zu verm.  
Kadenauer Straße 279B,  
1. Etage rechts.

Junge Frau sucht 1. April  
oder später 1. unige  
**Wohnung.**  
Biete Angebote erbeten unt.  
W. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

**Junger Zuchtbulle**  
zu kaufen gesucht  
Cunnersdorf Glaschütte,  
Gut Nr. 54.

12jähriger, brauner  
**Wallach**  
zu verkaufen Höckendorf  
bei Edle Krone, Gut 109.

**Kleines Hotel  
oder Landgasthof**

wird von sachkundigen strebsamen  
Wirtsleuten zu pachten  
ev. zu kaufen ges. Angeb. unt.  
K. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Holländische  
**Toilettenseife**  
gut schäumend und feinfaltig,  
empfiehlt, pro Stück 4 50 M.,  
Erlangerg. Hugo Gnewuch,  
Freiburger Str. 201.

**Zum Strecken  
der Kohlen!**  
**Steinkohlen-**  
**schlamm**  
müssen frei verkauft  
Oswald Lofe, Altenb. Str.

Landwirtsjohn, 33 Jahr,  
strebend u. guter Charakter sucht  
mit Fräulein d. 28 Jähriger  
Witwe m. A. aus d. Landwirts-  
schaftswirtsch. b. Heirat in Be-  
gnung zu treten. Ein-  
heirat n. ausgeschl. Werte Dfl.  
möglichst mit Bild unter B  
H. 133 in die Gesch. d. Bl.  
niederzulegen.

Ein Mädchen, welches Eltern  
die Schule verläßt, sucht  
**Stellung** auch i. d. Land-  
wirtsch. Dfl. an W. Bauer,  
Deuben, Wehrstraße Nr. 2.

**Wirtschafterin,**  
fähig und erfahren, die die  
Innenwirtschaft a. größerem  
Gut selbständig übernehmen  
kann, sofort gesucht. Dfl.  
unter F. H. an die Geschäfts-  
stelle d. Bl. erbeten.

Ein **Mädchen**  
tüchtiges  
für Hausarbeit bei gutem  
Lohn sucht **Schmidler**,  
Niedersiedlitz, Bahnhofstr. 3.

Gutgehende  
**Bäckerei**  
zu pachten oder zu kaufen  
ges. Dfl. unter H. K. 4316  
an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Karbid-  
lampen**  
wieder eingetroffen und  
empfiehlt in allen Preislagen  
**Herm. Voigt**  
Dippoldswalde  
Gerberplatz.

Wieder eingetroffen:  
**Tafel- u. Spiegelglas**  
verz. Drahtgeflecht  
**Carl Heyner.**

1 Kinder Schlitten mit  
2 Paar Schlittschuhe  
20 und 22 cm groß, verkauft  
Arthur Schmidt,  
Töpfermeister.

**Uhren**  
werden gut u. billig repariert  
bei Uhrmacher **Georg**  
**Pretzschner**, Höden-  
dorf.

Eine hochtragende  
**Ruh**  
sucht zu kaufen. Dfl. unter  
K. R. 100 postlag. Areitha.

## Former-Lehrlinge

für Weich- und Grauglaser werden für Duern 1919  
noch angenommen. Bei ausstehenden Leistungen  
wird schon im 2. Lehrjahr Gehalt zu Alfordarbeiten  
geboten. Günstige Bedingungen.

**Eisenwerk Schmiedeberg,**  
Schmiedeberg, Bez. Dresden.

Für Saalhaber  
zu Tanzvergügen empfohlen  
**Karbid-Hänge-  
und -Wandlampen**

Extra für Saalbeleuchtung angefertigt. Karbid stets am Lager.  
**Benno Mittag, Markt.**

**Holzmodelle**  
in sauberer Ausführung für Maschinenfabriken etc. etc.  
**H. A. Hülsenberg Eöhne, Freiberg Ea.**

## Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter  
**Margarete** mit Herrn Inspektor  
**Bernhard Bormann** erlauben sich  
hierdurch ergebenst anzuzeigen

**G. Faust, Lehrer, und  
Frau, geb. Oelschlägel.**

Beerwalde, Post Ruppendorf,  
Bez. Dresden.

**Margarete Faust  
Bernhard Bormann**

empfehlen sich als Verlobte.

Ablaß, Post Wermisdorf,  
Bez. Leipzig.

## Schubkursus.

Ein Kursus zum Selbst-  
anfertigen von genagelten  
Straßen-Schuhen beginnt  
Montag den 17. Februar  
im Goldhaus, „Stadt Dresden“  
von 1—1/2 5 u. 6—1/2 10 Uhr  
Es wird dort gelehrt, wie  
man sich jede Art von Straßen-  
schuhen selbst anfertigen kann.  
Längliche Inbegriff. Sämt-  
liche Zusätze, außer Oberstoff,  
sind im Kursuslokal zu haben.  
Anmeldungen daselbst erbet.  
Zur regen Teilnahme laden  
ergebenst **Maxta Wegner-  
macher**, Lehrerin vom Bad.  
Frauenverein, Rötzig-Cos-  
wig i. Sa.

Raufe  
**Schlacht-  
pferde**  
zum Höchstpreis-  
**B. Vieber,**  
Rößschlächtere  
Dippoldswalde, Freidrogen  
Straße 237, Telefon 97.  
Wir bereiten, bei kranken  
Pferden zu wachen.  
Bei Rößschlächtere bin ich  
mit Transportwagen (Schw-  
kenns zur Stelle.  
Empfehle mich als  
Pferdeschere.

**Schlacht-  
pferde**  
kauft zum Höchstpreis  
**Herrn. Schorke**, Tel. 80  
Im Notfall sof. zur Stelle  
Nachfrage vorhanden!

**Pferde**  
jeden Schlages kauft, ver-  
kauft und tauscht ein unter  
reeller Bedienung!  
**P. Wolf**, Dippoldswalde,  
Fernsprecher Nr. 175.

**Als Kutscher und Hotelhausdiener**  
wird **junger Mann** möglichst aus der Landwirt-  
schaft gesucht; hauptsächlich guter Pferdewärter, auch ge-  
schickt und gewandt. Stellung dauernd und angenehm.  
**Hotel Luststeinhof bei Altenberg.**

## Suche ländl. Grundstück

unweit Dresdens in waldgeschützter Lage. Landhaus mit  
6 Zimmern, reichlich Nebenräumen, neuzeitlich eingerichtet,  
ertragreicher Obst- und Gemüsegarten von 3—5000 qm,  
Kleintierstall.  
**G. Fraustadt, Zwickau i. Sa.**

Frisch eingetroffen und preiswert abzugeben sind  
schwere und leichtere

## Arbeits- sowie Kutschpferde

Kriegsanleihe nehme mit in Zahlung.  
**I. Petermann, Dresden**, Telephon  
Nr. 21163  
im Hotel Trompeterschloß, Trometerstraße Nr. 2.

Von Sonnabend den 8. d. M. ab stelle ich wieder eine  
große Auswahl

vorzügliches  
**Milch-  
vieh**



hochtragend und frischmelt.  
zu billigsten Preisen bei mir  
zum Verkauf.

**Gainsberg G. Kästner**  
Güterbahnhofstraße 2  
Telephon Amt Deuben 296.

**Oberer Gasthof Reichstädt**  
Freitag den 7. Februar

**großes Konzert**  
vom Trompeterkorps des 1. Feld-Inf. Regts. Nr. 12.  
Anfang 7 Uhr. Vorverkauf 1 M., Kasse 1,25 M., im  
„den Linden“ und im Goldhof.

Hierzu laden ergebenst ein **H. Preßlich** u. **M. Wulm** H. Köhler.

**Jugend-Verein „Edelweiß“ Obercarsdorf.**  
Donnerstag, den 6. Februar 1919 abends 8 Uhr  
in „Hermanns Restaurant“

**Versammlung.**  
Aufnahme neuer Mitglieder.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
**Wolf, z. J. Vorstand.**

**Jugendbantverein Cunnersdorf.**  
Am 8. Februar

**Bereinsvergügen.**  
Anfang 6 Uhr. Mitglieder sind gern bereit Gäste ein-  
zuführen. Um recht zahlr. lades Erscheinen bitte der Vorstand.

**Kranken- und Sterbekasse**  
**Reinhardtsgrimma u. Umg.**  
Zuschusskasse.

**Generalversammlung**  
am 9. Februar nachmittags 3 Uhr im Erbgerichtsgasthof.

Tagesordnung:  
1. Vortrag über Einnahme und Ausgabe  
auf das Jahr 1918.  
2. Neuwahl.  
3. Sonstiges.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.  
**Der Vorstand.**

Als eine Beilage

Nr.

Ratio

Die  
re  
Gefah  
ang abg  
le wenig  
leberlan  
en Kom  
ärm zu  
Die  
nen ein  
efagt:

rebolu  
schwere  
gines  
stand  
verfage  
die Ar  
eine R  
zur Be  
werde.  
S. Mit  
neuen  
demokr  
schlag  
Pflicht  
berlege  
ausfcha  
Der

und S  
ter an  
berfed  
zukünft  
S. Mit  
Pentra  
schleun  
bestens

In  
bedanke  
berfamml  
ätte die

Das  
durch Sp  
perbitter  
einem g  
in dem G  
nen Wen  
Elemente  
ktiondre  
ches Gel  
geordnet  
gen und  
Fäden t  
Ende be  
gabe der  
dadurch  
schafft.

Es  
Der Den  
tenrkte  
weiteres  
einer Or  
sten, zu  
wird, w  
übrigen  
len mof  
schon da  
Arbeiter  
nach dem  
nen Ber  
abhängig

Der W  
(In  
mitte de  
in der  
ntalftrag  
Die  
lage der  
deutschen  
630. Z  
Kontroll  
englische  
angesch  
Protest  
daß, wer  
biete G  
schen W  
lande st  
Wänsche  
ben un  
ber soll  
zu verla  
werden  
leben w

Nationalversammlung oder Räteystem.

Die Groß-Verliner U. und S.-Räte haben, da die „revolutionären Erregenschaften der Revolution“ in Gefahr sind, in der Pöhlharmonie eine Versammlung abgehalten, in der die Mehrheitssozialisten und die wenigen Demokraten in der Minderheit dabeien.

Die Versammlung nahm mit 492 gegen 462 Stimmen eine unabhängige Entscheidung an, die besagt:

Die U. und S.-Räte seien die Träger der revolutionären Erregenschaften; ihnen drohen schwere Gefahren. Die Bureaucratie des alten Regimes stelle ihnen passiven und aktiven Widerstand entgegen, das kapitalistische Unternehmertum verfolge den U. und S.-Räten mehr und mehr die Anerkennung. Die Nationalversammlung habe eine starke rätefeindliche Mehrheit, die ihre Macht zur Beseitigung der U. und S.-Räte mißbrauchen werde.

Der entscheidende Teil der Resolution lautet: Die Versammlung richtet daher an alle U. und S.-Räte Deutschlands die Aufforderung, Schulten an Schulten mit ihr gegen jede offene oder verdeckte Verfolgung der U. und S.-Räte anzukämpfen. Die Versammlung fordert alle U. und S.-Räte Deutschlands auf, mit ihr gemeinsam vom Zentralrat der U. und S.-Räte Deutschlands die schleunige Einberufung eines Rätekongresses, mindestens im Laufe des Februar, zu verlangen.

In der Aussprache kam wieder der verriekte Gedanke zum Ausdruck, die Wahlen zur Nationalversammlung seien zu früh angesetzt worden, man hätte die Bevölkerung erst aufklären sollen.

Das Deutsche Volk wird sich weitere Aufklärung durch Separatums-Methoden und ähnliche Experimente verbitten. Der Nationalversammlung droht aber von einem großen Teil der U. und S.-Räte namentlich in den Großstädten eine schwere Gefahr. Neben einigen wenigen Ideologen sind unter den radikalen Elementen eine ganze Anzahl Leute, die die „revolutionären Erregenschaften“ in schönes kapitalistisches Geld umzumünzen verstehen.

Die Regierung winkt ab.

Es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland repräsentiert, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem zufälligen Ergebnis einer Brücklichen Berliner Versammlung Folge zu leisten, zumal nicht ohne weiteres festzustellen sein wird, wie sich die Arbeiter- und Soldatenräte des übrigen Deutschland zu dem Berliner Beschluß stellen wollen. Das Berliner Abstimmungsresultat hat schon darum keine Bedeutung, weil die kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte paritätisch, nicht aber nach dem wirklichen, durch die Nationalwahl ertiesenen Verhältnis der Mehrheitssozialisten zu den Unabhängigen zusammengesetzt sind.

Unsere Kolonien.

Der Völkerbund soll die Deutschen Kolonien verwalten. (Umlicher Situationsbericht.) Das Pariser Komitee der zehn Vertreter der Großmächte befaßte sich in der Donnerstag-Sitzung mit der Prüfung der Kolonialfragen.

Die ganze Erörterung bewegte sich auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge, die Verwaltung der Deutschen Kolonien dem Völkerbunde zu übergeben, bzw. Teile davon diesem oder jenem Staat unter Kontrolle der gesamten Mächte zu überlassen. Das englische Kriegsministerium hat sich der Wilsonschen Theorie angeschlossen, dagegen haben die Dominions energischen Protest eingelegt. Schließlich einigte man sich dahin, daß, wenn in einem dieser Gebiete sich genügend kultivierte Eingeborene befinden, die ihren nationalen Wünschen Ausdruck verleihen können, und tatsächlich imstande sind, sich selbst zu regieren, der Völkerbund ihren Wünschen Rechnung tragen soll.

Die Bevölkerung dieser Länder und Mesopotamien. Die Bevölkerung dieser Länder soll Gelegenheit erhalten, ihrem Willen Ausdruck zu verleihen, sie soll entscheiden, ob sie unabhängig werden oder unter dem Protektorat einer Großmacht leben will. Wo die Völker nicht imstande sind, sich

selbst zu regieren, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Souveränität ausüben soll.

Gewisse Völkerschaften sind dabei von der betreffenden Großmacht zu übernehmen, und zwar werden die Völkerschaften von der Friedenskonferenz oder vom Völkerbunde festgelegt. Diese werden für die verschiedenen Großmächte verschieden sein. Es soll darüber von Fall zu Fall entschieden werden. Solange der Völkerbund noch nicht verwirklicht worden ist, soll die Verwaltung der Kolonien von den angrenzenden Verwaltungen übernommen werden, in der Weise, wie es jetzt schon gehandhabt wird. Was die asiatische Türkei betrifft, so erhalten die vier Großmächte den Auftrag, dieses Gebiet zu verwalten, und zwar tritt das Mandat sofort in Kraft.

Einberufung der Offiziere.

Wiederberufung im Osten.

Ein vom Kriegsminister Reinhard und Unterstaatssekretär Göhre unterzeichneter amtlicher Erlass betreffend Offiziersberufung besagt:

Besondere Umstände legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offiziere lahm. Die schlechten Verkehrsverhältnisse verhindern bei den durch die Demobilisierung hervorgerufenen Verschiebungen vielfach ein schnelles Eingreifen am neuen Bestimmungsort. Ganz besonders aber entstehen durch Postverzögerungen Wartezeiten, die Offiziere zur Unfähigkeit verurteilen.

Diese Verhältnisse bergen schwere Gefahren. Die Besten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere durch Postkarte ihrer Dienststelle oder wenn sie nach Auflösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihren früheren Friedens-Generalkommando-Wohnort und gegebenenfalls Urlaubsdauer zu melden.

Diese Dienststellen kürzen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder bestätigen ihn. Wer bis 20. Februar 1919 keine Bestätigung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zuständigen Dienststelle zurück.

Jeder nicht aus Gesundheitsrücksichten beurlaubte und jeder aus besonderen Umständen vorübergehend dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Bericht niederzulegen und diesen unter deutlicher Namens- und kurzer Inhaltsangabe dem Generalkommando des Heeres - kriegsgeschichtlichen Abteilung - einzusenden.

Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln Ueberblick über den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen zu verschaffen, Ausgleiche im eigenen Bereiche vorzunehmen und entbehrliche Offiziere summarisch, getrennt nach Dienstgraden, dem Kriegsministerium (Personalamt) für den Osten anzubieten. Die bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere sind mit den Unteroffizieren und zurückbehaltenen Mannschaften zu einem Verbande zusammenzustellen, in dem die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, für die später einzustellenden Wehrpflichtigen ein geeignetes Lehrpersonal zu schaffen. Ganz besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschaftsvertrages zu legen.

Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in außerdienstlichen Fächern als Vorbereitung auf ihren späteren Zivilberuf zu fördern; da besondere Mittel hierfür vorläufig nicht bereitgestellt werden können, sind alle verfügbaren Lehrkräfte und Lehrmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe heranzuziehen.

Postverkehr mit den Grenztruppen.

Vom 1. Februar ab, dem Tage des Außerkräftens der Feldpost-Portoübergünstigungen aus Anlaß der Demobilisierung, gentehen im Inlande nur noch die Angehörigen der mobilen Grenzschutztruppen besondere Portoübergünstigungen, soweit ihr Postverkehr durch Vermittlung von Feldpostanstalten abgewickelt wird.

Im Verkehr mit diesen Grenzschutztruppen werden befördert: gewöhnliche Briefe (einschl. Zeitungen) bis 275 Gramm, und zwar bis zu 50 Gr. portofrei, über 50 Gr. gegen 10 Pfennig Porto, Postkarten portofrei, Postanweisungen bis zu 300 M. von den Truppen portofrei.

Zeitungen gegen Zeitungsgeld und Umschlagsgebühr.

Die Adressen der Sendungen an die Angehörigen der Grenzschutztruppen hat außer der Feldadresse (Name, Dienststellung, Truppenteil) den Vermerk „Feldpostbrief“, sowie den Zusatz „Grenzschutz“ und die Feldpostnummer in der Form „Deutsche Feldpost Nr. ...“ zu enthalten.

Vorläufig kommen nur die Feldpostanstalten Nr. 857, 875 und 967 in Betracht; die weiteren Nummern werden noch veröffentlicht werden. Für die Angehörigen der in Kurland und Litauen verbliebenen freiwilligen Formationen sind Postsendungen künftig in demselben Umfange wie für die Grenzschutztruppen zugelassen, also auch gewöhnliche Briefe bis 275 Gr. (einschließlich Uebergewicht). Für die Truppen in der Ukraine tritt eine Veränderung nicht ein.

Die Polen nehmen unsere Lebensmittel.

Angeichts unserer drückenden Lebensmittelnot müssen wir sehen, daß polnische Raffgier uns selbst das Wenige noch nimmt, das für die Ernährung unseres Volkes notwendig ist. Schon haben sie uns aus den von ihnen besetzten östlichen Provinzen die Zufuhr der starken Ueberflüsse namentlich an Kartoffeln und Getreide so gut wie abgeschnitten. In Oberschlesien bedrohen sie die für Deutschlands Industrien wichtigen Kohlenvorräte. Die Not in Deutschland steigt und trotzdem nimmt uns polnische Jagellosigkeit das, was wir zum Leben nötig haben. Jetzt werden auch die Vorräte der Zuderfabriken im Osten von den Polen ergriffen und nach Polen verschleppt.

Man frist an unserem Markt. Man kennt keine Rücksicht mehr auf die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes. Dürfen wir länger ruhig zusehen, daß man uns freibest das was unserem Leben Nötiges aus der Hand schlägt? Nein, es gilt, alle Widerstände zu organisieren und alles zu tun, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die ohnehin schon äußerst mangelhaft geworden ist, nicht noch weiter verschlimmern zu lassen. Die Ueberflüsse in den Provinzen sind für uns eine Lebensfrage und wir müssen sie mit allen Mitteln für uns sichern.

Das schreibt nicht ein deutsches Blatt in den betroffenen Landesteilen, sondern zu dieser Einsicht hat sich allmählich auch der Berliner „Vorwärts“ emporgeschwungen. Leider kommt die Einsicht der Sozialdemokraten in wichtigen Lebensfragen des Volkes gewöhnlich zu spät.

Festnahme deutscher Geiseln.

In Posen sind von den Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden: Bürgermeister Kämpfer, Stadtverordneter Placzek, Dr. Kantorowicz, der Präsident der Ansiedlungskommission Ganske, Mittelschullehrer Kobrowski, Dr. W. Gutmann und Leutnant Martini.

Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Chapla in Weuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon in den letzten Tagen die Festsetzung des Landeshauptmanns v. Heyting in Posen vorgenommen.

Die Siedlungsfrage „gelöst“.

Auf dem Berordnungsweg.

Die Berordnungs-Maschine der neuen Regierung arbeitet flott, das muß ihr auch der Reich zugesehen. Fragen, über die man sich in weiten Kreisen des Volkes jahrzehntelang die Köpfe zerbrochen hat, werden im Handumdrehen „gelöst“. So haben die Volksbeauftragten jetzt die „Beschaffung von Siedlungsland“ in die Hand genommen und kurzerhand eine entsprechende Berordnung erlassen.

Die Berordnung verpflichtet die Bundesstaaten zur bezirksweisen Begründung gemeinnütziger Siedlungsunternehmungen. Diesen sind zunächst die Staatsdomänen zum Kaufe anzubieten. Sie dürfen ferner Moorland und Oedland für Bestelungszwecke im Enteignungswege gegen Entschädigung beanspruchen und haben zudem hinsichtlich sämtlicher im Bezirk gelegener landwirtschaftlicher Grundstücke von über 20 Hektar ein Vorkaufrecht.

Der Aufteilung des Großgrundbesitzes dienen besondere Bestimmungen. Danach sind in Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzflächen nach der Betriebszählung von 1907 zu mehr als 18 Prozent aus großen Gütern (100 Hektar und mehr) fallen, die Eigentümer dieser großen Güter zu rechtsfähigen Landbesitzerverbänden zusammenzuschließen. Diese Verbände haben der Siedlungsunternehmung des Bezirkes aus ihrem Bestande bis zu einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Güter für Siedlungszwecke zu angemessenem Preis zur Verfügung zu stellen, doch ist die Befreiungspflichtigkeit erfüllt, sobald die Nutzfläche der großen Güter nur noch 10 Prozent der gesamten Bezirkseignungsfläche ausmacht. Bei dringendem Bedürfnis hat der Befreiungsverband ein Enteignungsrecht bezüglich der großen Güter.

Für die Auswahl des aus den großen Gütern zu beschaffenden Landes sind Richtlinien vorgeschrieben, deren Ziel es ist,

Kriegsgewinnler, Spekulant, schlecht Wirtschaftende und solche Gutsbesitzer, die sich während des größten Teiles des Jahres auf dem Lande nicht aufhalten, vom Lande zu entfernen, ferner die in den letzten 30 Jahren vom Großgrundbesitz aufgekauften Bauerngüter wieder der bäuerlichen Siedlung zuzuführen. Wirtschaftlich und sozial vorbildliche Güter sollen „möglichst“ erhalten bleiben.

Lehen usw. sind beseitigt, soweit sie Vorrechte bedeuten. Das Siedlungsunternehmen hat gegenüber den Siedlern ein Wiederkaufrecht, wobei bei sämtlichen Entschädigungen die Wertsteigerung infolge des Krieges nicht berücksichtigt wird.

Im Interesse der Beschäftigung von Landarbeitern können die Landgemeinden oder Gutsbezirke verpflichtet werden, den im Bezirk landwirtschaftlich beschäftigten Arbeitern Pachtland für den Haushaltsbedarf bis 5 Prozent der landwirtschaftlichen Gemeindefläche abzugeben. Die Gemein-

den können solches Band ziongsweise durch Vamt oder Entzlegung erwerben.

### Eine neue Landarbeitsordnung

Ist durch Einberufen der Verbände landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorläufig festgelegt und vom Rat der Volksbeauftragten genehmigt worden.

Nach ihr gelten für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Nebenbetriebe die Vorschriften über den Dienstvertrag des B. G. B., die durch eine Reihe von Bestimmungen ergänzt werden, aus denen das Bemühen hervorgeht, die eigenartigen Arbeitsverhältnisse der Landwirtschaft mit einer möglichst pfleglichen Sozialpolitik zu verbinden.

Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt von acht bis zu elf Stunden, je nach der Jahreszeit; darüber hinaus geleistete Ueberstunden sind besonders zu vergüten. Eingehende Bestimmungen regeln die Lohnfrage, insbesondere die Raturallieferungen, die Wohnungsfrage, den Schutz der Arbeiterinnen usw. Ein Schlichtungsausschuss soll tüchtig für friedliche Lösung von Streitfragen sorgen.

### Von der Friedenskonferenz.

Am 11. d. M. Präsident Wilson, die Premierminister und die Minister des Aeußeren von Großbritannien, Frankreich und Italien sowie die Vertreter Japans hielten am Donnerstag zwei Sitzungen ab. Der Gedankenaustausch über den Stillen Ozean und Afrika ging in Anwesenheit der Vertreter der Dominions, des französischen Kolonialministers Simon und Salvago Maggis weiter.

Ein zufriedenstellendes vorläufiges Abkommen ist über die hinsichtlich der deutschen Kolonien und der besetzten Gebiete in der asiatischen Türkei anzuwendenden Grundsätze getroffen worden.

Am Nachmittag war die belgische Abordnung anwesend. Symans, Vandervelde und von den Heuvel setzten den belgischen Standpunkt hinsichtlich des Kongos auseinander. Außerdem wurde entschieden, daß die militärischen Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte und der oberste Kriegsrat in Versailles aufgefordert werden sollen, einen Bericht über die beste und sachgemäßeste Verteilung der für die Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten türkischen Gebiet notwendigen Streitkräfte einzureichen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag Nachmittag statt.

### General v. Winterfeldts Abschied.

General v. Winterfeldt hat an Staatssekretär Erzberger folgendes Telegramm gerichtet:

„Eurer Excellenz darf ich melden, daß ich nach reiflicher Erwägung und nach eingehendem Vortrag bei meinem militärischen Vorgesetzten an dem Entschluß, meine Auserufung aus der Waffenstillstandskommission in Spa zu erbiten habe. Die Art der Durchführung des Waffenstillstandes durch unsere Segner hat es mir unmöglich gemacht, meine Tätigkeit fortzusetzen.“

Gegenüber den Gerüchten, als sei der Grund meines Rücktritts in einem Zerwürfnis zwischen Eurer Excellenz und mir zu suchen, beziehe ich mich aufrichtigem Dank, daß ich bei Ihnen stets nur Vertrauen und volles Entgegenkommen gefunden habe. Nicht Unstimmigkeiten im eigenen Lager, sondern lediglich das Verhalten des Gegners haben meinen Rücktritt bestimmt. Ich werde nach Uebergabe der Geschäfte in Spa in einigen Tagen in Berlin sein und alsdann mündlich Bericht erstatten.“

Staatssekretär Erzberger sprach in seinem Antworttelegramm General v. Winterfeldt im Auftrage der Regierung den wärmsten Dank für seine, „in der Dessenlichkeit viel zu wenig bekannte, schwere und verantwortungsvolle Arbeit“ aus.

### Aus den Spartakus-Tagen.

#### Spartakus und das „Rote Kreuz“.

Interessante Mitteilungen macht der „Vaterländische Frauenverein Berlin“ über die Spartakus-Woche. Es handelt sich um die Befragung der Roten Kreuz-Verbands- und Erfrischungstischen des „Vaterländischen Frauenvereins“ auf den Berliner Bahnhöfen.

So erschien bei Beginn der Wirren auf der Roten Kreuz-Station des Schlesienschen Bahnhofes ein Zivilist, der sich als „Oberarzt Dr. Hennig“ vorstellte, die Uebergabe dieser Station von den Ärzten forderte und das Verhandlungsamt besetzen ließ. Es stellte sich später heraus, daß der „Oberarzt“ Monteur eines Flugzeugwerkes und ein ihn begleitender „Doktor Hahn“ ein W-Blindergehilfe war. Trotzdem blieb der Betrieb der Roten Kreuz-Station im Gange, wiewohl die Kugeln häufig die Räume durchstogen. Dagegen wurde der Raum, in dem sich die Vorratsräume befanden, von den Spartakisten geplündert. Kästen mit Gemüsekonserven, sterilisierter Milch und dergleichen wurde geraubt.

In der Parade befanden sich mehrere bewaffnete Soldaten und fremde Mädchen, die angaben, daß der Vorratsraum der Roten Kreuz-Station von anderen Spartakisten geplündert sei. Sie hätten sich dafür eingesetzt, die Plünderer zu vertreiben und den Rest der Vorräte in Sicherheit zu bringen. Dann erschien der neuernannte „Kommandeur“ im Geschäftszimmer, bat um Fortführung der Station und entschuldigte die Plünderung mit den Worten, daß sich unter seinen Soldaten das reinste Diebesgesindel befinde. Von der Station Anhalter Bahnhof heißt es in dem Bericht, daß in den Tagen vom 7. bis 8. Januar ständig hartnäckige Angriffe seitens der Spartakisten auf den von Regierungstruppen geschützten Bahnhof gemacht worden sind. Bei einem derartigen Angriff hatten die Spartakisten 15 Tote und 45 Verwundete. Mit Entschlossenheit verteidigten die Regierungstruppen den Bahnhof; ihnen hatte sich ein

Schwerverwundeter und ein Elässer, der bereits im Kriege ein Bein verloren hatte, angeschlossen.

Am Tage vor der Beschießung des „Vorwärts“ teilten auf dem Anhalter Bahnhof einige eingebrachte Spartakisten mit, daß Plebnecht für die Eroberung des Anhalter Bahnhofes eine Belohnung von 60 000 Mark ausgeschrieben habe.

### 10 Mill. Mark Schaden.

Der Magistrat Berlin hat einen Ersatz für die Schäden der Spartakuswoche abgelehnt. Die politische Umwälzung habe außergewöhnliche Verhältnisse gebracht, die in dem Tamultgesetz nicht vorgesehen sind und die deshalb als Grundlagen für eine Schadenersatzpflicht nicht genommen werden können. Es sind auch schon Verhandlungen mit der Reichsregierung angeknüpft worden wegen einer Uebernahme der Entschädigungssumme. Der Gesamtschaden beziffert sich auf ca. 10 Mill. Mark.

### Internationales Arbeiterrecht.

Durch den neuesten Arbeitsmarktbericht des vom Statistischen Reichsam herausgegebenen „Reichsarbeitsblattes“ wird bestätigt, daß unser Wirtschafts- und Geschäftsleben stark, weil bei dem derzeitigen Stande der Löhne die vielfach reichlich vorhandenen Aufträge nicht ausgeführt werden können. Nicht minder führen zu einer Lähmung des wirtschaftlichen Lebens die hohen Sätze der Erwerbslosenunterstützungen, die dem Arbeiter, zumal dem verheirateten Arbeiter, ein so reichliches Auskommen sichern, daß er garnicht daran denkt, irgendwelche Arbeit zu übernehmen. In dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ über den Monat Dezember heißt es:

„Als Hauptursache des mangelnden Angebots an Arbeitskräften, wird vielfach der hohe Satz der Erwerbslosenunterstützung angesehen, der geradezu produktionshemmend wirkt. Ferner beeinflussen die vielfachen Streikbewegungen sowie die allgemeine politische Erregung den Arbeitsmarkt ungünstig. So wird z. B. aus Frankfurt a. M. berichtet, daß mancher Betrieb Arbeitslose aufnehmen könnte, wenn nicht der geordnete Lohn im umgekehrten Verhältnis zu der jetzigen Verdienstmöglichkeit stände. Infolgedessen sei auch die Unternehmungslust so gut wie gelähmt, obgleich in einzelnen Industriezweigen Aufträge in großem Maße vorlägen.“

Im Dezember waren die ungeheuren Lohnsteigerungen noch lange nicht zum Abschluß gekommen, was auch jetzt noch nicht der Fall ist. Die verhängnisvollen Folgen werden sich also im Monat Januar noch vermehren und verschärfen haben.

### Abbau der Arbeitslöhne.

Nach den bisherigen Meldungen widmen die zur Vorbereitung der Friedenskonferenz versammelten Vertreter der feindlichen Mächte auch der Arbeiterfrage große Bedeutung. Auf deutscher Seite haben bereits Ende vorigen Jahres im Reichsarbeitsamt eingehende Beratungen über die für den Weltfriedensvertrag vorzuschlagenden sozialpolitischen Programmpunkte stattgefunden. Hieran waren Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sowie bekannte Sozialreformer beteiligt.

Das Ergebnis der Beratungen bilden 27 Punkte, die von der Regierung veröffentlicht werden. Dabei muß betont werden, daß sich die Deutsche Regierung an die von ihr zu machenden Vorschläge nur bei deren allseitiger Annahme gebunden empfinden würde. Das gilt namentlich auch für die in Aussicht genommene grundsätzliche Aufhebung von Einwanderungsverboten, da ein derartiges Zugeständnis aus naheliegenden Gründen nicht von einem einzelnen Staate allein gemacht werden kann.

Die vorgeschlagene Regelung erstreckt sich auf Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeitsvermittlung, Sozialversicherung, Arbeiterschutz, Arbeitshygiene, staatliche Arbeitsaufsicht und die internationale Durchführung. Die im Friedensvertrag festzulegenden Mindestbestimmungen sollen von den vertragschließenden Staaten in ihre Gesetzgebung aufgenommen werden.

### Lokales.

#### Gasthaus-Wäsche.

Die Inhaber von Hotels, Gastwirtschaften usw. werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 7. Dezember 1918, durch die die Beschlagnahme der Wäsche in Gastwirtschaften aufgehoben wird, nicht auch die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über die Verwendung von Wäsche in Gastwirtschaften, vom 14. Juli 1917 aufhebt, in der in allen Betrieben die Darreichung von Mundtüchern und das Bedecken der Tische mit Tischdeckern verboten ist.

Dieses Tischdecken- und Mundtücher-Verbot bleibt bestehen. Wer es übertritt, macht sich strafbar und setzt sich gleichzeitig der Gefahr aus, daß die Reichsbekleidungsstelle ihm diese Bestände an Tischwäsche enteignet. Dasselbe gilt auch für Leihwäschereien, die Tischwäsche zur Vermietung anbieten oder verleihen, auch das bleibt verboten.

△ Fortbleiben der Post-Ueberwachung. Die Fragen, warum die Post- und Telegramm-Ueberwachung nicht aufgehoben werde, wollen nicht verstummen. Es mag deshalb erneut darauf hingewiesen werden, daß die Ueberwachung unbedingt erforderlich ist, um die Steuerflucht zu verhindern. Wenn man nicht den Kriegsgewinnlern freie Bahn geben will, ihre Kapitalien ins Ausland zu bringen und sie dadurch den kommenden Steuern zu entziehen, muß man die Post- und Telegrammüberwachung als notwendiges Uebel mit in Kauf nehmen.

Während die feindlichen Staaten die Briefzensur noch nicht gemildert haben, ist in Deutschland eine Milde- rung insofern eingetreten, als die Ueberwachung nicht

mehr auf militärische und politische Angelegenheiten erstreckt werden darf. Auch ist das Prüfungsverfahren wesentlich abgekürzt worden: während früher die Prüfung um mehrere Tage verzögert wurde, beträgt die Verzögerung jetzt im allgemeinen nur zwei Stunden.

Damit sind die praktisch wichtigsten Nachteile der Ueberwachung auf ein Mindestmaß zurückgeführt. Auch auf die Prüfung der aus dem Ausland eingehenden Post kann nicht verzichtet werden: aus ihr sind wichtige Inhaltsmerkmale gewonnen worden, die die Steuerbehörden veranlassen haben, einzuschreiten.

△ Aufhebung der Bezugspflicht für Frauen-Oberbekleidung. Gemäß einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle werden Stoffe aus Wolle, Baumwolle oder Kunstwolle in einer Breite bis zu 130 Zentimeter einschließlich, Flanellstoffe und Plüsch in jeder Breite, Kleider, Röcke, Mäntel, Umhänge, Morgenröcke und Hüfen aus Wolle, Halbwole oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen auf die Freiliste gesetzt.

Damit ist im wesentlichen die Oberbekleidung für Frauen und Mädchen von der Bezugspflicht freigelegt. Diese Befreiung war nützlich, weil im Handel genügend Bestände an diesen Waren vorhanden sind und sie schon geboten, um den Bedürfnissen der Frauenwelt nachzukommen und gleichzeitig der Entwicklung durch Mode und andere wirtschaftliche Entwicklungen vorzubeugen. Für Männeroberbekleidung muß aber die Bezugspflicht aufrecht erhalten bleiben; der Bedarf der entlassenen Soldaten an Zivilanzügen allein so stark, daß hier voraussichtlich noch auf längere Zeit vorhandene Vorräte gestreckt werden müssen.

— Weiter sparen mit Metallen. Durch die Aufhebung der Beschlagnahme der Sparmetalle ist in industriellen Kreisen der Irrtum hervorgetreten, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes, sämtliche Gegenstände wieder ohne weiteres aus dem alteingeführten Material hergestellt werden dürfen. Das ist irrig. Es sollen diese „Sparmetalle“ nur insoweit verwendet werden, als sich Ersatzmetalle nicht verwenden lassen. Tatsächlich ist es ja der Industrie während des Krieges gelungen, aus Erzesmetallen durchaus brauchbare Gegenstände herzustellen. Da zudem die der Industrie zur Verfügung stehenden Mengen an Sparmetall im Vergleich zu dem außerordentlichen Bedarf nur sehr gering und die Einsatzmöglichkeiten zurzeit nicht zu übersehen sind, liegt es im Selbstinteresse der Industrien, die Verwendung von Ersatzmaterialien nach Möglichkeit beizubehalten.

### Volkswirtschaftliches.

3. Gefälschte Zinsheine. Seit einiger Zeit sind gefälschte Zinsheine der deutschen Kriegsanleihen im Umlauf. Unter anderem erhielt eine Berliner Firma von einem Kunden mehrere gefälschte Scheine in Zahlung. Die rote Umrandung hat eine blaue Färbung, das Papier ist minderwertiger und die Wasserzeichen fehlt gänzlich. Es wird vermutet, daß die gefälschten Scheine in Rußland hergestellt und nach Deutschland eingeführt werden. Die Firma hat Anzeige bei der Reichsbank und bei der Charlottenburger Polizei erstattet.

3. Freigabe von Bindebraut. Die bisherigen Beschränkungen des Absatzes von Draht sind aufgehoben. Bindebraut zum Pressen von Heu und Stroh kann daher wieder im freien Handel bezogen werden. Jedoch ist bis auf weiteres auch die Drahtstelle bei der Geschäftsabteilung der Reichsfuttermittelstelle noch in der Lage, den Bezug von Bindebraut zu vermitteln.

3. Ein englischer Schuldentilgungsplan. Die englische Regierung schlägt die Vereinfachung der gesamten Reichskriegsschulden durch Konversion der Schulden Englands, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Südafrikas in eine einheitliche Anleihe mit einem Amortisationsfonds vor, wobei eine Tilgung in längstens 72 Jahren in Aussicht genommen ist.

3. Freigabe der amerikanischen Baumwollanfuhr. Rotterdamer Baumwollhändler aus New York vorliegende Berichte melden aus sicherer Quelle, daß die Ausfuhrerlaubnis für Baumwolle nach allen Ländern gesichert sei.

3. Gegen die Kapitalabwanderung machen die Berliner Banken ihre Kundenschaft darauf aufmerksam, daß ihr auf Grund der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland folgende Verpflichtungen auferlegt worden sind:

1. Wer in der Zeit vom 1. Juli bis 22. November 1918 Austräge an Banken erteilt hat, nach Wertpapieren nach dem Auslande verhandelt oder Geldbeträge einem Ausländer gutgeschrieben werden sollten, hat bis zum 20. Februar 1919 der Bank eine Erklärung nach vorgeschriebenem Muster in deutscher Ausfertigung einzureichen.

2. Wer vor dem 23. November 1918 bei einer Bank auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einen Dritten ein Konto hat eröffnen lassen, Wertpapiere offen oder verschlossen hinterlegt oder ein Schließfach gemietet hat, hat ebenfalls bis zum 20. Februar 1919 der Bank unter Angabe seines wahren Namens Anzeige zu machen oder das Konto aufzulösen.

Zwischenhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 50 000 Mark, daneben auch noch mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die Banken weisen ferner darauf hin, daß sie ebenfalls bei Verdacht schwerer Strafen verpflichtet sind, an Hand ihrer Bücher nachzuprüfen, ob seitens ihrer Kundenschaft den genannten Verpflichtungen entsprochen wird.

\*\* Von einem Wittdiebe erschossen wurde der Förster Steffens aus Englershütte (bei Berent, Westpreußen) auf einem Dienstaufzuge in seinem Revolverfortselauf Golluh. Er hat den Krten von W. Wang an mitgemacht und dadel das Eisene Kreuz 1. Klasse erworben.